

PLENUM 2023



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Was bedeutet „Solidarität mit Israel“ jetzt?

MARTINA STAMM-FIBICH:

Faire Löhne für Studierende der Pflege

GABRIELA HEINRICH:

Pariser Abkommen: Partnerschaften für das Klima

CARSTEN TRÄGER:

Parlamentskreis „Globale Diversität“ gegründet

JAN PLOBNER:

Das Straßenverkehrsgesetz

Was bedeutet „Solidarität mit Israel“ jetzt?

„Unsere Solidarität erschöpft sich nicht in Worten.“ Das hat Olaf Scholz vor dem Bundestag gesagt. Ampel und Union verabschieden einen wegweisenden gemeinsamen Antrag dazu. Es steht viel auf dem Spiel im Nahen Osten – das Leben und die Zukunft von Millionen Menschen.

Die Hamas hat Israel überfallen. In dessen Geschichte gibt es keinen vergleichbaren Angriff. Wir alle sind erschüttert von den Bildern. Von Toten, von Menschen in Käfigen, von Vergewaltigungen. Und vom Triumphschrei für den Terror und der Verhöhnung der Opfer in den sozialen Medien. Aggressor ist die Hamas. Es gibt kein Ja, aber. Nichts kann diese barbarische Gewalt rechtfertigen. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, bei den Angehörigen, bei allen Menschen, die jetzt in Angst leben müssen.

Deutschland ist solidarisch mit Israel. Aufgrund der deutschen Geschichte und durch die enge Freundschaft in den letzten Jahrzehnten. Jetzt gilt es, diese Solidarität auch anhand konkreter Politik umzusetzen:

Entwicklungsministerin Svenja Schulze hatte gleich einen Tag nach dem Hamas-Angriff angekündigt, das gesamte deutsche Engagement für die Palästinensergebiete auf den Prüfstand zu stellen. Das ist richtig! Unter allen Umständen müssen wir ver-



Bundeskanzler Olaf Scholz sichert Israel die uneingeschränkte Solidarität zu. Bereits kurz nach den Anschlägen reiste der Kanzler ins Krisengebiet. F: Deutscher Bundestag/Tobias Koch

hindern, dass deutsches Steuergeld auch nur in den Verdacht gerät, den Terror mitzufinanzieren. Humanitäre Hilfe für Palästinenser_innen bleibt aber notwendig. Die Hamas versorgt die Menschen in Gaza nicht mit Lebensmitteln und Medikamenten. Und nach dem Besuch von Olaf Scholz in Israel und Ägypten werden jetzt auch erste Hilfslieferungen aus Ägypten in den Gaza-Streifen hineingelassen.

Rolf Mützenich, unser Fraktionsvorsitzender, hat in einer Rede deutlich gemacht, dass wir mit allen Mitteln dazu beitragen müssen, mithilfe von Diplomatie einen Flächenbrand in der Region zu verhindern. Westjordanland, Libanon, Ägypten, Syrien: Überall dort gibt es weiteres Eskalationspotenzi-

al. Deutschland ist in der Region respektiert. Die deutsche Außenpolitik handelt und muss noch mehr handeln. Auch hinsichtlich des Regimes im Iran!

Im Inland müssen wir noch mehr den Antisemitismus bei der Wurzel packen. In Berlin wurde ein Brandanschlag auf eine Synagoge verübt – 85 Jahre nach der „Reichspogromnacht“. In deutschen Städten bejubeln Menschen den Hamas-Terror. Wir müssen uns hüten, alle Muslime unter antisemitischen Generalverdacht zu stellen. Aber bei Hetze und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden ist der Rechtsstaat in all seiner Härte gefragt. Wir müssen dafür sorgen, dass jüdische Menschen im Deutschland des Jahres 2023 wieder angstfrei leben können.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich



Pflege: Faire Löhne für Studierende

Die akademische Pflegeausbildung wird besser bezahlt.

Der Bundestag hat das Pflegestudiumstärkungsgesetz beschlossen. Studierende der akademischen Pflegeausbildung werden künftig besser bezahlt. Sie bekommen 1.000 Euro im ersten Jahr und 1.300 Euro im dritten Jahr. Und damit weit mehr als die rund 600 Euro insgesamt, die der Freistaat Bayern den Studierenden aktuell im Rahmen des bayerischen Stipendiums bezahlt.

Bislang bekommen Studierende der akademischen pflegerischen Ausbildung ihre praktischen Ausbildungsanteile im Gegensatz zu den Berufsschülerinnen und -schülern nicht ordentlich vergütet. Das haben wir nun geändert. Die akademische Pflegeausbildung wird duales Studium. Damit stärken wir die Pflege. Und machen den Pflegeberuf attraktiver. Denn eine gute Pflege geht uns alle an und ist eine der großen Her-

ausforderungen im Gesundheitsbereich. Die 600 Euro, die Studierende der Pflege im Rahmen ihres Stipendiums aktuell in Bayern erhalten, bilden weder die Bedeutung der Pflege für unsere Gesellschaft ab. Noch sorgen sie dafür, dass sich junge Menschen für die akademische Pflegeausbildung interessieren.

Denn wer 600 Euro Stipendium erhält, der muss sich einen guten Nebenjob suchen, um sein Leben zu finanzieren. Und dann mit vier Bällen jonglieren, um Studium, Praktika und Nebenjob hinzubekommen.

Außerdem haben wir mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz beschlossen, dass wir die Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte vereinheitlichen, indem wir den Umfang der vorzulegenden Unterlagen verringern.

Menopause ist kein Tabu

Der 18. Oktober ist jedes Jahr der Weltmenopause-tag. Das Netzwerk #wir-sind9millionen holt die Wechseljahre aus der Tabu-Ecke.

Denn Frauen sollten sich weder verstecken noch schämen müssen, wenn sie in den Wechseljahren sind. Stattdessen müssen

Gesellschaft, Wissenschaft und Medizin mehr über diese Phase wissen, um Frauen besser schützen zu können. Vor dem Karriereknick, wenn die Beschwerden zu stark sind. Und vor Unwohlsein und Überforderung.

Aber auch vor negativen gesundheitlichen Auswir-

kungen. Denn Frauen in den Wechseljahren können ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus und Krebserkrankungen haben.

Ich habe mit Kolleginnen aus dem Bundestag ein paar offene Worte zur Menopause initiiert.

Endlich gehört: Duogynon

Contergan kennt fast jeder, Duogynon nicht. Dabei hat der Schwangerschaftstest in den 1970er Jahren wie Contergan zu Missbildungen bei ungeborenen Kindern geführt. Und zu lebenslangem Leid der betroffenen Familien. Ich setze mich seit langem mit Andre Sommer, der selbst betroffen ist, dafür ein, dass die Opfer entschädigt werden. Und stoße immer wieder auf taube Ohren. Jetzt wurden wir gehört. Bei einem Gespräch im Bundesgesundheitsministerium konnten wir alle Forderungen direkt an Karl Lauterbach adressieren.

Petition zum Elterngeld

Der Petitionsausschuss hat sich mit der geplanten Änderung der Einkommensgrenze für Elterngeld befasst. Elterngeld bekommen sollen ab Januar 2024 nur noch Paare, die weniger als 150.000 Euro verdienen. „Das trifft ins Herz des Aufstiegsversprechens“, so die Petentin und Unternehmerin Verena Pausder. Und sei aus gleichstellungspolitischer Sicht ein Desaster. Der Vertreter des Familienministeriums verweist auf die Sparvorgaben des Bundes. Und macht deutlich, dass am Ende der Deutsche Bundestag entscheidet.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela



Pariser Abkommen: Partnerschaften für das Klima

Mit dem Pariser Klimaabkommen haben wir uns auch dazu verpflichtet, Länder des Globalen Südens beim Klimaschutz zu unterstützen. Aber wie setzen wir das nun tatsächlich um?

100 Milliarden US-Dollar pro Jahr hatten die Industrieländer für den Klimaschutz im Globalen Süden zugesagt. Wir haben die von Olaf Scholz für 2025 zugesagte jährliche Zielmarke bereits drei Jahre früher erreicht. Die Ampel hat letztes Jahr 6,39 Milliarden Euro für Klimaschutz und Klimaanpassung in Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt.

Wir machen das aus gutem Grund: Die

Zukunft des Weltklimas entscheidet sich nicht in Deutschland. Im Gegenteil, es kommt insbesondere auf die schnell wachsenden Länder des Globalen Südens an. Der bevölkerungsreichste Kontinent Asien zum Beispiel erzeugt noch 75 Prozent der Energie mit der Verbrennung von Kohle.

Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) hat neue Klima- und Entwicklungspartnerschaften ins Leben gerufen, die letztlich so funktionieren: Deutschland verabredet mit einem Land, gemeinsam nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz zu verbinden. Und dann werden Programme und Projekte geplant, die erneuerbare Energie ausbauen und die Energieeffizienz steigern.

fizienz steigern.

Zum Beispiel: Für Projekte in Peru hat das Entwicklungsministerium 216 Millionen Euro zugesagt, weitere 136 Millionen Euro kommen vom Wirtschaftsministerium. Ein Spezialthema der Partnerschaft mit Peru ist übrigens die nachhaltige Stadtentwicklung.

Mehrere G7-Staaten – also große Industriestaaten – unterhalten Partnerschaften mit Ländern, die mehr für den Klimaschutz machen wollen. In der Entwicklungspolitik wird das derzeit „Just Energy Transition Partnerships“ (JETPs) genannt. Olaf Scholz hat bereits die deutsche Beteiligung an mehreren solcher Partnerschaften vereinbart – mit Indonesien, Vietnam, Senegal und Südafrika.

Beispiel Indonesien: An der Partnerschaft beteiligen sich neben Deutschland auch die USA, Japan und Dänemark. Insgesamt wollen die Partner 20 Milliarden US-Dollar an öffentlichen und privaten Mitteln für die Energiewende in Indonesien mobilisieren. Der Anteil der erneuerbaren Energie in Indonesien soll bis 2030 mindestens 34 Prozent der Stromerzeugung ausmachen – doppelt so viel wie geplant.

Übrigens: Svenja Schulze hat noch einen weiteren großen Erfolg erzielt: Eine von ihr initiierte Weltbankreform schafft neue Leitlinien, die weltweit Anreize für den Klimaschutz geben und Investitionen fördern.



Die Zukunft des Weltklimas entscheidet sich nicht in Deutschland. Der Kontinent Asien zum Beispiel erzeugt noch 75 Prozent der Energie mit der Verbrennung von Kohle.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Parlamentskreis „Globale Biodiversität“ gegründet

Diese Woche haben wir im Naturkundemuseum Berlin den neuen Parlamentskreis „Globale Biodiversität“ gegründet. Während die Klimakatastrophe in der öffentlichen Debatte inzwischen sehr präsent ist, bleibt das größte Artensterben seit dem Verschwinden der Dinosaurier weiter meist im Hintergrund. Dabei hängen beide eng miteinander zusammen und bedrohen den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Das Weltnaturschutzabkommen von Montreal vom Dezember 2022 hat einen Aufbruch mit klaren Zielen versprochen und kann zum Wendepunkt im Kampf gegen das weltweite Artensterben werden. Dabei ist völlig klar: Der Kampf für eine vielfältige und gesunde Natur macht nicht an Landesgrenzen halt – und bei solch einem fundamentalen Thema dürfen auch Parteigrenzen keine Rolle spielen. Wir müssen und wollen dieses wichtige Thema abseits der politischen Zwänge des Schlagabtauschs zwischen Opposition und Koalition konstant über Parteigrenzen hinweg gemeinsam bearbeiten. Denn wir müssen in Deutschland und international gemeinsam mit unseren Partnern dringend handeln.

Von den insgesamt 147.500 erfassten Arten finden sich laut WWF fast 41.500 in Bedrohungskategorien (Stand: Juli 2022) und damit mehr Arten als jemals zuvor. Ein Viertel der Säugtierarten, jede achte Vogelart, mehr als 30 Prozent der Haie und Rochen sowie 40 Prozent der Amphibienarten sind bedroht. Hierzulande ist vor allem das Insektensterben präsent: Laut der „Krefelder Studie“ haben wir in Deutschland in den vergangenen 30 Jahren mehr als 75 % der Biomasse



bei den Fluginsekten verloren. In der Folge deuten jüngere Zahlen nun an, dass wir in der EU möglicherweise 600 Millionen Vögel weniger haben als noch vor einigen Jahrzehnten. Die größte Bedrohung für die Arten ist der Klimawandel – und ohne funktionierende Ökosysteme sind wir wiederum weitaus weniger resilient gegen die Folgen des Temperaturanstiegs und beschleunigen ihn sogar.

Ich danke meiner Fraktionskollegin Dr. Lina Seitzl, Jan-Niclas Gesenhues von den Grünen, Klaus Mack aus der CDU, und Dr. Christoph Hoffmann von der FDP sowie Amira Mohammend Ali von der Linken sehr für die gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung. Gemeinsam bilden sie künftig den Lenkungsreis des Parlamentskreises.

Für mich ist die überparteiliche Gründung eines Parlamentskreises in diesen Zeiten starker Polarisierung auch ein Zeichen, dass die demokratische Mitte in unserem Land stark ist und bei großen Herausforderungen zusammenkommt. Dass eine ganze Reihe Kolleginnen und Kollegen aus den demokratischen Bundestagsfraktionen unserer Einladung zur konstituierenden Sitzung ins Naturkundemuseum Berlin gefolgt ist, hat uns auch deswegen sehr gefreut. Und die Vorträge von Herrn Prof. Dr. Johannes Vogel (Generaldirektor des Naturkundemuseums) und Herrn Dr. Christian Ruck (MdB a.D., Leiter Kongobecken Waldpartnerschaft der GIZ) haben uns noch einmal vor Augen geführt, wie dringend wir Fortschritte beim Artenschutz erzielen müssen!



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Das Straßenverkehrsgesetz

Mehr Handlungsspielräume für Kommunen schaffen

Wir haben uns diese Woche mit einem Gesetz beschäftigt, was deutschlandweit für die Menschen vor Ort eine große Rolle spielt – das Straßenverkehrsgesetz. Die Bedeutsamkeit des STVG für die Bürger*innen konnte ich während der parlamentarischen Sommerpause direkt an Ort und Stelle erleben, als ich quer durch meine Heimat Bayern eine verkehrspolitische Sommertour absolviert habe, um so - im Austausch mit den zuständigen Politiker*innen, Kommunalverantwortlichen und Bürger*innen - die Verkehrsprojekte, die den Menschen wichtig sind, besser kennenzulernen.

Dabei ist mir vor allem eins bewusst geworden: Trotz der verschiedensten Verkehrsprojekte und unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Ortschaften stößt man immer wieder auf ähnliche Probleme. Neben dem großen ungenutzten Potenzial für die Schiene und dem teils katastrophalen Zustand von Bahnhöfen sind das vor allem Straßen in Ortskernen, die nicht an die örtlichen Bedürfnisse angepasst sind. Was flächendeckend fehlt, sind Handlungs- und Entscheidungsspielräume für die Kommunen, um diese Probleme mit Blick auf die lokalen Herausforderungen angehen zu können.

Mit der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes schaffen wir jetzt genau die Freiräume in der Verkehrsgestaltung, welche die Kommunen benötigen, um den Verkehr unabhängig vom Fortbewegungsmittel an die örtlich gegebenen Bedingungen anzupassen.



Der Bundstagsabgeordnete Jan Plobner hält am Ende der letzten Sitzungswoche eine Rede zum geplanten Straßenverkehrsgesetz.

Wir reden hier beispielsweise von Gehsteigen, Fahrradwegen und Tempo-30-Zonen. Als nächstes ist es an den Ländern, die dafür notwendigen Regelungen in der Straßenverkehrsordnung durchzusetzen.

Auf mein persönliches Herzensanliegen bei dieser Novelle – die Barrierefreiheit – möchte ich auch noch eingehen. Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für das Thema Barrierefreiheit im Verkehrsbe- reich ist mir wichtig, diese bei allen Gesetzen mitzudenken. Barrierefreiheit zu schaffen ist nicht nur nach geltendem Recht verpflichtend, sondern auch moralisch gegeben.

Nur so ermöglichen wir die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Ich bin allen beteiligten

Akteur*innen beim Thema Barrierefreiheit für Ihre wertvollen Hinweise zur Verbesserung der Barrierefreiheit auch bei diesem Gesetz sehr dankbar. Mein Appell an das Bundesministerium für Digitales und Verkehr ist, auch bei ihrer Prüfung der Straßenverkehrsordnung die Barrierefreiheit mitzudenken. Im Koalitionsvertrag haben wir uns da einen klaren Auftrag geben, dem wir nachkommen müssen.

Für mich ist klar, dass erfolgreiche Politik auf die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen eingehen muss. Deshalb ist es gut, dass wir mit dem vorliegenden Entwurf den Kommunen endlich den geforderten Handelsspielraum ermöglichen, den sie brauchen, um vor Ort für die Menschen einen sicheren und besseren Verkehrsraum zu schaffen.